

Politik & Wirtschaft

Ständeräte geben Pfister Rückendeckung

Kampfjets Bezahle der Bund mehr für die neuen Jets als geplant, solle nur das Parlament darüber entscheiden, finden die Bürgerlichen. Und: Ein Bericht einer US-Kontrollbehörde stellt dem F-35 ein schlechtes Zeugnis aus.

Larissa Rhyn

Wenn der Bundesrat mehr für die F-35-Kampfjets ausgeben will, muss die Stimmbevölkerung das letzte Wort haben: Das findet SP-Ständerätin Franziska Roth. Sie fordert daher, dass der Bundesrat mögliche Mehrkosten dem Referendum unterstellt. So könnte die Linke Unterschriften dagegen sammeln.

Der Bundesrat stellt sich auf den Standpunkt, dass eine Abstimmung über einen Zusatzkredit nicht rechtens wäre. Dies, weil in der Verfassung kein Finanzreferendum vorgesehen ist. Die Abstimmung über die Jets war aus Sicht der Regierung ein Grundsatzentscheid, bei dem nur gleichzeitig ein Betrag vorgegeben wurde. Beantragt der Verteidigungsminister Martin Pfister dem Bundesrat also, mehr Jets zu kaufen, will die Regierung keinen Beschluss vorlegen, gegen den das Referendum ergriffen werden kann.

«Wir können uns keine Verzögerungen leisten»

Vor rund einem Monat hatte FDP-Präsident Thierry Burkart das noch eher kritisch gesehen. Er sagte, er sehe «ein gewisses Problem», wenn der Bundesrat die Mehrkosten für die F-35-Kampfjets über einen Zusatzkredit in einer Armeebotschaft einholen wolle. «Die demokratiepolitischen Auswirkungen müssen geprüft werden», so Burkart damals zu dieser Redaktion.

Nun sagen aber gleich mehrere Ständerätinnen und Ständeräte von Mitte und FDP, dass sie eine Abstimmung nicht für nötig halten. Andrea Gmür (Mitte) betont etwa, schon die Abstimmung zum Kampfjetkauf sei freiwillig gewesen. Der Bundesrat habe damals entschieden, einen Planungsbeschluss zu diesem Grundsatzentscheid zu machen – über den die Bevölkerung befinden konnte, so die Präsidentin der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerats: «Es mag damals knapp gewesen sein, aber eine Mehrheit ist eine Mehrheit.» Und die Schweiz kenne kein Finanzreferendum. Der Fall



Die Kampfjet-Gegner unterlagen 2020 bei der Volksabstimmung nur knapp. Foto: Urs Flüeler (Keystone)

sei also klar: Für allfällige Zusatzkosten gäbe es die Möglichkeit eines Nachtragskredits. Auch zwei weitere Mitte-Sicherheitspolitiker, Marianne Binder und Charles Juillard, stellen sich auf diesen Standpunkt.

FDP-Ständerat Josef Dittli sagt, das Parlament müsse über einen allfälligen Zusatzkredit entscheiden – nicht die Bevölkerung. «Zuerst sollte der Bundesrat die sechs Milliarden ausschöpfen, um so viele Jets zu kaufen wie möglich.» Damit die Schweiz am Ende die geplanten 36 Jets erhalte, könnten die Zusatzkosten dann beispielsweise über ein normales Rüstungsprogramm beantragt werden, so Dittli. Und Hans Wicki, FDP-Gruppenchef im Ständerat, sagt zum SP-Vorschlag: «Die FDP lehnt diesen Vorstoss ab.» Ohne die neuen Jets stünde die Schweiz

in wenigen Jahren faktisch ohne Luftverteidigung da. «Angesichts russischer Aggression, eskalierender Konflikte im Nahen Osten und weltweiter Aufrüstung kann sich unser Land keine Verzögerungen bei dieser zentralen Beschaffung leisten.» Thierry Burkart war gestern für eine Stellungnahme nicht erreichbar.

Aktualisierung der F-35 fünf Jahre verspätet in den USA

SP-Parlamentarierin Roth entgegnet: «Jetzt wurde auch noch bekannt, dass eine US-Kontrollbehörde dem F-35 ein miserables Zeugnis ausstellt. Unter diesen Voraussetzungen ist eine neue Abstimmung erst recht zwingend.» Roth verweist auf einen Bericht des Government Accountability Office, der diverse Probleme mit dem F-35-Jet her-

«Es mag damals knapp gewesen sein, aber eine Mehrheit ist eine Mehrheit.»

Andrea Gmür
Ständerätin (Mitte, LU)

vorhebt: Fünf Jahre Verspätung habe das Modernisierungsprogramm für die F-35 der US-Luftwaffe – und es koste sechs Milliarden Dollar mehr als geplant. Es verteuert sich also um mehr als die Hälfte.

Aktuell stehen die neusten F-35-Jets in den USA offenbar am Boden und warten auf eine

Aktualisierung. Die «Republik» hat zuerst darüber berichtet. Das Bundesamt für Rüstung (Armasuisse) sagt zum US-Bericht: «Die Schweizer F-35A können ab dem Datum der Auslieferung alle in der Schweiz geforderten Missionen ausführen.» Der Jet werde aber nach der Auslieferung noch ausgerüstet – mit den Verbesserungen, die der Hersteller derzeit entwickle. Durch die Aktualisierungen sollte sich der Jet für die Schweiz nicht weiter verteuern, so Armasuisse. Und trotz der grossen Verspätungen in den USA rechnen Pfisters Leute weiterhin mit einer pünktlichen Lieferung der Schweizer Jets.

Der Bundesrat entscheidet voraussichtlich bis Ende Oktober, ob er mehr Geld ausgeben oder stattdessen weniger Kampfjets kaufen will.

Nestlé-Präsident Paul Bulcke tritt vorzeitig zurück

Nach CEO-Entlassung Beim dem Nahrungsmittelkonzern Nestlé kommt es zu einem weiteren gewichtigen Abgang. Verwaltungsratspräsident Paul Bulcke tritt vorzeitig zurück. Sein Abgang folgt auf die Entlassung von CEO Laurent Freixe Anfang September.

Der Druck auf den 71-Jährigen wurde nach dem zweiten Abgang eines Nestlé-CEO innert eines Jahres offenbar zu gross. Nun wird Bulckes designierter Nachfolger Pablo Isla das Präsidium des Konzerns per 1. Oktober übernehmen, wie Nestlé gestern mitteilte. Der derzeitige Nestlé-Vizepräsident Isla hätte laut dem ursprünglichen Plan erst an der Generalversammlung am 16. April 2026 zum neuen Präsidenten gewählt werden sollen.

«Für mich ist jetzt der richtige Zeitpunkt gekommen, mich zurückzuziehen und den geplanten Übergang zu beschleunigen», wird Bulcke in der Nestlé-Mitteilung zitiert. Isla und der neue CEO Philipp Navratil könnten nun die Strategie von Nestlé vorantreiben und das Unternehmen mit neuen Perspektiven leiten.

Nestlé-CEO Laurent Freixe musste Anfang September wegen einer verheimlichten Affäre mit einer Direktunterstellten seinen Posten räumen. Aktionäre warfen Bulcke danach mangelndes Fingerspitzengefühl bei den Personalentscheidungen vor. Bulcke war fast 50 Jahre bei Nestlé tätig, davon 9 Jahre als CEO und weitere 9 Jahre als Präsident des Verwaltungsrats. (SDA/nag/jb)

Yvonne Bürgin ist Fraktionschefin

Mitte-Partei Die Zürcher Mitte-Nationalrätin Yvonne Bürgin ist gestern zur neuen Fraktionspräsidentin gewählt worden. Sie tritt die Nachfolge von Philipp Matthias Bregy an, der seit Ende Juni neuer Parteipräsident ist. Bürgin verfüge über die politische Erfahrung und die notwendigen Kompetenzen, um das Präsidium der Fraktion zu übernehmen, hiess es in einer Mitteilung der Findungskommission. Die 55-Jährige wurde 2023 in den Nationalrat gewählt. Von 2013 bis 2023 war sie Mitglied des Zürcher Kantonsrats, den sie 2018/19 präsidierte. Seit 2021 ist sie Vizepräsidentin der Mitte Schweiz und seit 2022 Präsidentin der Gemeinde Rüti. (SDA)

Polizeichef kündigt Rücktritt an

Lausanne Olivier Botteron, Kommandant der Stadtpolizei Lausanne, hat laut «24 Heures» angekündigt, zum 1. Juli 2026 vorzeitig in den Ruhestand zu treten – eine Nachricht, die in Zusammenhang mit den Skandalen und Reformforderungen innerhalb der Polizei Lausanne steht. Die jüngsten Enthüllungen um rassistische und diskriminierende Whatsapp-Gruppen und Todesfälle bei Polizeieinsätzen haben nicht nur die Behörde, sondern auch die politische Diskussion massiv geprägt. Der 59-jährige Botteron, seit 2018 Polizeikommandant, steht für eine Ära, die von wachsender Reformnotwendigkeit und öffentlichem Vertrauensverlust geprägt ist. (red)

Kein Pelz mehr von Tieren, die ein schreckliches Leben hatten

Debatte über Initiative Wird die Schweiz das erste Land in Europa, das Import und Handel mit Quälpelz verbietet?

Ende 2023 reichte das Komitee von Alliance Animale Suisse 113'000 Unterschriften für die sogenannte Pelz-Initiative ein. Heute diskutiert der Nationalrat nun den indirekten Gegenvorschlag des Bundesrats, der teilweise darüber hinausgeht: Nicht nur die Einfuhr, sondern auch der Handel mit tierquälerisch erzeugten Pelzprodukten soll verboten werden.

Katharina Büttiker von Alliance Animale Suisse wäre deshalb bereit, bei Annahme des Gegenvorschlags die Initiative zurückzuziehen. Allerdings unter der Voraussetzung, dass das Gesetz, wie vom Bundesrat vorgesehen, die verbotenen Produktionsmethoden ausdrücklich festlegt. Ansonsten verliere das Gesetz an «Glaubwürdigkeit und an Biss».



Sein Leben lang eingesperrt, dann oft qualvoll getötet: Ein Nerz in einer Pelzfabrik. Foto: Getty Images

Tatsächlich beantragt die vorberatende Kommission, den Gegenvorschlag anzunehmen – mit Ausnahme von zwei Details, die aber für Büttiker entscheidend sind: Der Bundesrat möchte sich bei der Definition, was als nicht tierquälerisch gilt, auf ein Gütesiegel des zuständigen Bundesamts stützen, die Kommission hingegen will sich auf international anerkannte Zertifizierungen verlassen.

Pelzindustrie verleiht sich selbst Gütesiegel

Für den Tierschutz ist das ein Problem, weil sich die Pelzindustrie die Unbedenklichkeitsnachweise selbst verleiht. Laut Andreas Rüttimann, juristischer Mitarbeiter der Stiftung Tier im Recht, genügen diese den Anfor-

derungen der Schweizer Tierschutzbestimmungen «bei weitem nicht». So sind Käfige mit Gitterböden, die gemäss European Food Safety Authority als tierquälerisch gelten, unter den geläufigsten Gütesiegeln Furmark und Saga Furs erlaubt.

Gitterböden haben zur Folge, dass Tiere unter Pfotenverletzungen und Infektionen leiden oder stressbedingte Aggressionen entwickeln, die zu Kannibalismus und Selbstverstümmelung führen können. Eine Regelung, welche die Einfuhr von auf diese Weise gewonnenen Pelzen weiterhin erlaubt, «würde das eigentliche Ziel des Gegenvorschlags geradezu ad absurdum führen», sagt Rüttimann.

Das gilt auch für die Fallen, mit denen Wildtiere wie Biber,

Marder, Füchse und Waschbären gejagt werden. Totschlagfallen sind gemäss einem Abkommen zwischen Europa, Russland und Kanada selbst dann erlaubt, wenn die Tiere bei vollem Bewusstsein bis zu fünf Minuten lang mit dem Tod kämpfen.

Alliance Animale Suisse nicht kompromissbereit

Dennoch möchte die bürgerliche Mehrheit der Kommission Fallen und Gitterböden nicht im Gesetz erwähnen, sondern auf Verordnungsebene regeln. Das, sagt Büttiker, sei nicht verhandelbar. Stimmt der Rat dem abgeänderten Gegenvorschlag zu, bringt Alliance Animale Suisse die Initiative zur Abstimmung.

Bettina Weber